

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Martin Böhm

Abg. Karl Straub

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Martin Hagen

Staatsminister Georg Eisenreich

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)

Westbalkan mit dem Migrationsdruck nicht allein lassen (Drs. 18/6081)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Ich darf nun den ersten Redner aufrufen. Das ist Herr Abgeordneter Henkel? – Nein, Entschuldigung, das ist Herr Abgeordneter Böhm.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Oft wird hier von Solidarität innerhalb der EU gesprochen. Aber auch wenn Länder wie Serbien und Bosnien ihren Beitritt in eine EU, wie wir sie heute noch in den Köpfen der Eurokraten sehen, nicht erleben werden, sind diese Staaten entlang der Balkanroute doch europäische Staaten, die gerne die Verbundenheit souveräner Vaterländer erfahren dürfen. Besonders seitdem unsere Freunde in Ungarn es mit ihrem dort im Land überaus beliebten und von der CSU lange hofierten Ministerpräsidenten Orbán leisten, die gebotene Sicherheit an der dortigen EU-Außengrenze zu gewähren, sucht sich die illegale Migration neue Wege, nämlich die Balkanroute.

Freundschaft ist auch gegenseitige Hilfe in der Not. Die Not ist dort groß, wo kleine und wirtschaftlich schwache Staaten die Aufgaben wahrnehmen, die eigentlich der EU obliegen, nämlich Kroatien, Slowenien, Österreich und als finales Ziel Deutschland vor illegaler Wirtschaftsmigration zu schützen sowie die weitere Plünderung der gebeutelten Sozialsysteme in diesen und anderen Ländern zu verhindern.

Alleine 2019 entstanden dem Bund für Asylforderer, bedingt durch jahrelangen mangelnden Grenzschutz, Kosten von 32 Milliarden Euro. Zwar hat sich die Bundesregierung in der Corona-Krise wohl daran erinnert, dass Grenzen zu schließen und zu kontrollieren sind, doch die wirklichen Gefahren werden uns bald wieder ganz ungefiltert erreichen.

Einzig wirksamer Filter scheint die Grenzsicherung der Balkanstaaten, die jegliche Unterstützung verdient, sowie die Förderung des Errichtens von Aufnahmelagern in diesen Ländern. Durch schnelle, schlanke und finale Prozesse müssen die Migranten schon dort strikt auf ihren Status geprüft und zeitnah zurückgeführt werden. Dies ist nicht nur bedeutend effektiver, sondern auch kostengünstiger als jede Prüfung hier in Deutschland, die fast immer in Duldung mündet. Illegales Staaten-Hopping innerhalb der EU ist genau das, was wir nicht brauchen.

Zumindest im Ansatz vergleichbare Ausführungen – dort bezogen auf Libyen – waren gestern im Europaausschuss vom verehrten Kollegen Huber zu hören. Ein gutes Zeichen dafür, dass wertkonservative Politik oft das gleiche Ziel verfolgt, wenn auch auf unterschiedlichen Wegen.

Die gute finanzielle Unterstützung des Bollwerks bedrängter Balkanstaaten ist vermutlich mit dem Hebel zehn gesegnet, im Vergleich zur teuren Verwaltung und Alimentation Geduldeter hierzulande. Zudem gelten Hilfen an Drittstaaten zur Grenzsicherung als wirklich wirksames Instrument zur Steigerung unserer inneren Sicherheit und weit über die illegale Migration hinaus als guter, ja als bester Schutz vor Clan- und Bandenkriminalität. Unsere Sicherheit wird nämlich nicht, wie viele behaupten, am Hindukusch, sondern an den Hängen des Balkangebirges verteidigt.

Tun wir gemeinsam alles, um den bosnischen und serbischen Freunden beim Leisten ihrer undankbaren, aber bitter notwendigen Tätigkeit zu helfen. Setzen wir gemeinsam ein Zeichen wahrer europäischer Kooperation und für die Freundschaft souveräner Nationalstaaten. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist Herr Kollege Karl Straub, CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Sie die Rede angefangen habe, habe ich mir gedacht, ihr müsstet einmal die Ordnung in euren Akten neu regeln. Ich habe nämlich gedacht, dass das eine Rede aus 2015 oder 2016 war, die Sie wahrscheinlich verwechselt haben. Sie haben im Antrag wieder vom "Massenansturm" über die Westbalkanroute geschrieben. Ich denke, von einem "Massenansturm" kann man überhaupt nicht mehr reden. Ich finde übrigens auch das Wort "Massenansturm" relativ furchtbar. Lesen Sie mal Ihren kompletten Antrag durch, wie menschenverachtend der wieder ist. Ich denke, Sie sollten sich mal ein Wort hinter die Ohren schreiben: Das ist das Wort "Humanität".

Es gibt im Asylbereich sicherlich einige Dinge zu diskutieren. Aber eines muss man immer an vorderster Front sehen: Das ist die Humanität. Dann kommt die Ordnung. Gleich hinter Ihnen sitzt der Kollege Henkel. Der könnte Ihnen mal sagen, dass es sich bei den Menschen, die zu uns kommen, nicht immer um legale oder illegale Einwanderer handelt, sondern vor allem um Menschen, was er dann im Petitionsausschuss auch mitbekommt. Vielleicht könnte er dann den Duktus Ihrer Anträge etwas verändern.

Jetzt gehe ich auf Ihren Antrag ein. Auch da haben Sie vieles nicht mitbekommen. Übrigens noch eines: Vor zwei bis vier Wochen wollten Sie noch sämtliche europäische Mittel rückführen. Jetzt wollen Sie europäische Mittel wieder verwenden. Es ist durchaus auch sinnvoll, diese Staaten zu unterstützen. Aber Sie müssen sich in der AfD-Fraktion mal einig werden, was Sie eigentlich wollen, und das nicht nur innerhalb Ihrer Fraktion, in der es ja auch diverse Problematiken gibt, sondern auch beim Stellen der Anträge.

Was fordern Sie von uns? – Wir werden von Ihnen aufgefordert, die Balkanstaaten, die vom Migrationsdruck betroffen sind, zu unterstützen, insbesondere bei der Unterbringung, Versorgung, Registrierung und auch Rückführung von Migranten. Wir sollen uns für die Bereitstellung finanzieller Mittel für Notunterkünfte und für Hilfsgüter einsetzen. Wir sollen uns für intensivere Grenzschutzmaßnahmen an den deutschen Grenzen einsetzen, und wir sollen uns für Grenzschutzmaßnahmen in den Westbalkanstaaten mit Personal und Technik einsetzen.

Noch mal: Wahrscheinlich ist es eine alte Rede, und sie haben es noch nicht mitbekommen, dass die Balkanroute seit 2016 als weitestgehend geschlossen gilt. Ja, man muss es weiterhin beobachten. 2018 und 2019 sind die Zahlen wieder leicht gestiegen, aber Sie zeichnen ein vollkommen falsches Bild, wenn Sie das mit 2015 und 2016 vergleichen. Sie wollen einfach wieder Angst machen, wie es bei der AfD üblich ist. Nach Schätzungen des UNHCR befinden sich derzeit 8.000 bis 8.500 Migranten in Bosnien und Herzegowina, überwiegend im Nordwesten des Landes.

Drei Punkte sind mir in diesem Zusammenhang sehr wichtig:

Nach Angaben der Europäischen Kommission hat sich die humanitäre Lage in den Aufnahmeeinrichtungen wesentlich verbessert. Auch die Zahl der Obdachlosen ist wesentlich gesunken. Sie fordern Geld: Die Europäischen Union hat auf Bitten des Ministerrates 36 Millionen Euro für die Bewältigung der Herausforderungen zur Verfügung gestellt. Sie sprechen immer von Grenzkontrollen. Für Sie ist in jeder Lage immer wichtig, dass die Grenzen zu sind. Auch bei der Corona-Pandemie hat Herr Singer vorhin als Allererstes die Grenzschießung erwähnt. Das kommt bei Ihnen immer wie aus der Pistole geschossen. Das ist Ihnen immer das Allerwichtigste. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir uns seit 2015 vor allem durch den Einsatz von Bayern an den Grenzen intensiv engagieren, sogar mit der Bayerischen Grenzpolizei. Dafür noch einmal einen herzlichen Dank an unseren Innenminister!

Sie haben darum gebeten, dass wir dem Antrag zustimmen sollen. Dazu kann ich Ihnen ganz sicher sagen: Das werden wir nicht tun. Für vieles, was Sie fordern, ist Bayern nicht zuständig, und der Bund und die EU tun hier schon wahnsinnig viel.

Im Einzelnen: Die EU unterstützt die Westbalkanstaaten schon in ganz erheblichem Umfang. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Verbesserung des Grenzmanagements. Auch das Einrichten von Rückführungsmechanismen unterstützen wir. Daneben unterstützt die EU die Westbalkanstaaten, insbesondere auch Bosnien und Herzegowina, in erheblichem finanziellen Umfang. Ich habe es schon erwähnt: 36 Millionen Euro, 5,8 Millionen Euro für humanitäre Hilfe.

Zu Ihrer Forderung nach Grenzschutz – ich habe es schon erwähnt –: Wir engagieren uns in beiden Bereichen, insbesondere an der bayerischen Grenze. Für das andere ist der Bund zuständig; das interessiert Sie immer nicht besonders. Wie gesagt, die Staatsregierung – dafür bin ich dankbar – steht in erster Linie für Humanität; aber wir stehen auch für Ordnung, deshalb gibt es nur einen Schluss: Den Antrag werden wir ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin darf ich Frau Abgeordnete Gülseren Demirel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aufrufen.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir schon über die Situation der Flüchtlinge in den Westbalkanländern reden, dann müssen wir auch darüber reden, dass die Situation in Bosnien und Herzegowina sowie in den angrenzenden Nachbarländern für die Geflüchteten einfach nur katastrophal ist. Es gibt für die Betroffenen, die bleiben wollen, keine Perspektive. Obwohl jeder, der in den europäischen Raum kommt, das Recht hat, einen Asylantrag zu stellen, wird dieses Recht einfach nicht praktiziert.

Eigentlich ist es die Aufgabe der EU, diesen täglichen Rechtsbruch klar und deutlich zu benennen. Sie muss sich nicht nur für Grenzschutz einsetzen, sondern auch für die Einrichtung einer unabhängigen Kontrollinstanz an der Grenze, damit das EU-Recht auch innerhalb des europäischen Raums umgesetzt wird. Doch die Kommission verschließt bis heute die Augen.

Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um eine schnelle Lösung zu finden, die die menschenunwürdige Behandlung an der europäischen Außengrenze beendet. Diese Lage verdient deshalb auch mehr Aufmerksamkeit. Daher, Kollege Straub, wird es Sie nicht verwundern, dass ich hier nicht so positiv über die Anstrengungen der Europäischen Union und ganz gezielt der Europäischen Kommission berichten kann.

Es ist richtig: Wir müssen Bosnien und Herzegowina dabei helfen, die Menschen menschenwürdig unterzubringen. Wir müssen aber auch fordern, dass Bosnien und Herzegowina an einer nachhaltigen Lösung arbeiten, und die rechtswidrigen und gewaltvollen Abschiebungen durch die kroatische Grenzpolizei müssen aufhören. Die Erstaufnahme auf europäischem Boden muss eine menschenwürdige Unterbringung gewährleisten. Auch dies wird dazu führen, dass die Menschen in dem europäischen Land, in dem sie ankommen, auch bleiben können und wollen und nicht weiterziehen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Unterbringung muss Rücksicht nehmen auf die Bedürfnisse von Frauen, Kindern, Kranken und besonders verletzlichen Gruppen. Abgesperrte Massenlager in der EU, Transitzone und europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir GRÜNEN ab, und nicht nur wir, sondern auch der Europäische Gerichtshof. Er hat vor Kurzem die Unterbringung von Asylbewerbern in Containerlagern in Ungarn vor einigen Wochen als unzulässige Haft eingestuft, und dies findet auch innerhalb des europäischen Raums statt. Die ungarische Regierung hat daraufhin die Lager geschlossen. Wir erwarten bis heute Konsequenzen von der Europäischen Kommission.

Die Menschenrechte müssen verteidigt werden, das hat die Entscheidung aus Straßburg gezeigt. Wir GRÜNEN wollen deshalb – im Gegensatz zu Ihnen, aber das ist ja auch keine Überraschung – bei den Themen Flucht und Migration zu tragfähigen europäischen Lösungen kommen. Wir müssen gemeinsam als Europa darauf eine Antwort finden. Das heißt, wir brauchen endlich eine gemeinsame europäische Asylpolitik, die diesen Namen auch verdient, eine Politik, die auf die gerechte Verteilung der Geflüchteten setzt und Staaten an den Außengrenzen der Europäischen Union nicht alleinlässt. Länder müssen finanziell entlastet werden, wenn sie sich an der gerechten Verteilung beteiligen und für einen menschenwürdigen Umgang garantieren können. Das wäre endlich ein echter europäischer Zusammenhalt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zentral ist für uns deshalb auch eine gute europäische Flüchtlingspolitik; denn sie ist der Lackmustest für unsere humanistische europäische Wertegemeinschaft, wenn wir sie ernsthaft erleben wollen und erlebbar machen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Tobias Gotthardt von der Fraktion FREIE WÄHLER auf. Bitte schön, Herr Kollege.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollegen der AfD, man könnte eigentlich meinen, dass die Wertung eines Antrags, der in zwei Fachausschüssen dieses Parlaments von allen Fraktionen – außer Ihrer eigenen – intensiv diskutiert und komplett abgelehnt worden ist, eigentlich klar ist: Er wird einfach abgelehnt, er ist nicht mehrheitsfähig und ergibt auch so keinen Sinn. Aber es ist Ihr gutes Recht, ihn trotzdem noch einmal einzubringen, dagegen spricht nichts.

Ich habe als Vorsitzender des Europaausschusses die Gelegenheit genutzt, um nicht vom Blatt ablesen zu müssen, Herr Kollege Böhm, sondern mich im Vorfeld dieser Sitzung mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss der Regionen, zum Beispiel

aus Kroatien, mit Generalkonsuln aus Bosnien und dem Kosovo, dem stellvertretenden albanischen Außenminister telefonisch abzusprechen und nachzufragen, wie es denn aussieht. Wissen Sie, was ich als Meldung zurückbekommen habe? – Die Meldung war zum einen ein durchaus berechtigter Stolz dieser Menschen, dass es gelungen ist, in der Hochphase – Kollege Straub hat es vollkommen richtig gesagt: Diese Hochphase ist längst vorbei, wir haben nicht mehr diese Menschenmassen – gemeinsam mit der Europäischen Union, mit Deutschland, auch mit bayerischer Hilfe – es gab ein eindeutiges Lob für Bayern für die Kooperation bei der Ausbildung der Grenzpolizei – diese Bewegungen einigermaßen in den Griff zu bekommen. Darauf können diese Staaten wirklich vollkommen zu Recht stolz sein. Zum anderen gab es eine Rückmeldung, dass auch ganz andere Themen gerade vorn anstehen, zum Beispiel, dass Menschen aus dem Westbalkan viel schneller an Arbeitsvisa kommen wollen, wenn sie in Deutschland arbeiten. Das sind die Themen, die gerade am Westbalkan vorrangig zur Diskussion stehen.

Es gab aber auch die klare Aussage, dass die Europäische Union, Deutschland und Bayern ihre Hausaufgaben gemacht haben. Wir arbeiten eng zusammen, und ich muss Ihnen auch hier noch einmal sagen, wie es auch schon in den beiden zuständigen Ausschüssen gesagt worden ist: Ihr Antrag ist leider Gottes ein Schaufensterantrag, wie wir es in vielen Fällen von Ihrer Fraktion schon gewohnt sind. Sie stellen einfach Dinge in den Raum, die so nicht stimmen. Hätten Sie einmal bei den Leuten angerufen, die dafür zuständig sind, wüssten Sie, dass es nicht Tatsache ist. Deshalb kann ich auch in diesem Fall Ihren Antrag nur ablehnen und kann Sie nur bitten: Bitte fragen Sie erst einmal bei den Leuten nach, die es betrifft, bevor Sie so etwas zu Papier bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Markus Rinderspacher, SPD-Fraktion. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tatsächlich richtet sich der Blick im Moment nicht nur auf die griechischen Inseln, wo die Flüchtlingssituation durchaus prekär ist, sondern auch auf die Grenze zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Derzeit befinden sich in dem Land etwa 8.000 bis 10.000 Flüchtlinge, und die Situation ist tatsächlich als besorgniserregend – mindestens als das – zu beschreiben.

Amnesty International berichtet von Tausenden von Fällen von Polizeigewalt durch die kroatische Polizei an der EU-Grenze zu Bosnien-Herzegowina. Die Flüchtlingslager sind überfüllt. Die Hygienesituation ist katastrophal, und die Region ist offensichtlich in erheblichem Maße überfordert. Soweit zur Analyse.

Tatsächlich ist es auch richtig, dass die Bundesregierung handelt. Herr Böhm, Sie können sich selbstverständlich bei dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Herrn Stephan Mayer, CSU, erkundigen, der erst vor wenigen Wochen vor Ort war, um auszuloten, was Berlin im Konkreten tun kann, um die humanitäre Situation vor Ort zu verbessern. Herr Kollege Straub von der CSU hat bereits dargestellt, dass die Europäische Union mit 36 Millionen Euro hilfreich ist, wovon 5,8 Millionen Euro für humanitäre Maßnahmen eingeplant sind.

Mich stören an Ihrem Antrag zwei Dinge im Besonderen. Erstens. Sie sprechen von einem Migrationsdruck, von einem Massenansturm und von einem Flüchtlingsstrom. Diese Semantik hält dem Faktencheck nicht stand.

Die Anzahl der an den EU- und Schengenaußengrenzen entdeckten illegalen Grenzübertritte war 2019 so niedrig wie seit 2013 nicht mehr. Es gibt weniger illegale Grenzübertritte nach Europa. Im vergangenen Jahr wurden 139.000 Menschen von Frontex registriert. Das sind 6 % weniger als 2018 und sogar 92 % weniger als zu den Hochzeiten der Flüchtlingsbewegungen 2015.

Zweitens. Noch vor wenigen Wochen – Herr Kollege Straub hat es dargestellt – haben Sie sich hier hingestellt und von souveränen Nationalstaaten gesprochen, die für die

Asylpolitik zuständig seien. Es bestünde keine Veranlassung, dass Europa sich wechselseitig unterstütze, und es wäre geradezu lachhaft, wenn die Bundesrepublik Deutschland in anderen europäischen Bereichen hier tätig würde.

Sie lehnten auch ab, dass der Migrations-, Asyl- und Integrationsfonds der Europäischen Union auf 10 Milliarden Euro erhöht wird. Sie haben sogar beantragt, diesen Fonds, der genau für solche Dinge zuständig ist, gänzlich abzuschaffen. Das ist nicht glaubwürdig, nicht integer, nicht seriös und nicht solide.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Herrn Kollegen Straub nur in einem einzigen Punkt widersprechen. Er hat Ihnen sogar zugestanden, dass die unterschiedlichen Anträge – mal so und mal so, in ganz unterschiedliche Richtungen – auf die politische Willensbildung in Ihrer Fraktion zurückzuführen wären. Auch aus der FDP war eine solche Wortmeldung zu hören; Sie seien sich schlicht nicht einig. Damit unterstellen Sie, Herr Kollege Straub, dass eine politische Willensbildung in der AfD stattfindet. Dabei ist aber nur ein einziger Abgeordneter im Europaausschuss zuständig, nämlich Herr Böhm.

Das heißt, dass hier das Bolsonaro-Prinzip, das Populismusprinzip greift. Mit Demokratie hat das nichts zu tun. Man erzählt den Menschen montags etwas und dienstags das Gegenteil davon. Es ist Populismus pur, den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Wir durchschauen das und lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nun rufe ich den Abgeordneten Martin Hagen, FDP-Fraktion, auf.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man als letzter Redner in Debatten spricht, hat das manchmal den Vorteil, dass man auf das Gesagte noch eingehen, reagieren kann. Manchmal hat es aber auch den Nachteil, dass von den Kolleginnen und Kollegen der anderen demokratischen Fraktionen ein-

fach schon alles Richtige gesagt wurde. Es bleibt einem dann nicht mehr viel zu sagen, und man muss das Ganze auch nicht unnötig in die Länge ziehen.

Ich gehe deswegen nur ganz kurz auf einen Punkt ein, der sich irgendwie in Ihren Antrag hineingeschmuggelt hat. In diesem Antrag geht es eigentlich um die Migration in den Balkanstaaten. Sie haben es jedoch nicht lassen können, auch noch die Grenzsicherung der deutschen und der bayerischen Grenzen hineinzubringen. Dazu kann ich nur sagen: Wir haben jetzt wochenlang erlebt, dass wir wieder in eine Zeit vor Schengen zurückgefallen sind, in der wir die Grenzen geschlossen hatten. Ich hoffe, dass wir nicht mehr Grenzsicherung bekommen, sondern endlich wieder einen freien Personen- und Warenverkehr in Europa.

Ich war vergangene Woche dienstlich in Bozen. Auf der Rückfahrt wurden wir am Brenner von österreichischen Grenzschützern angehalten. Sie haben kontrolliert, ob wir noch genug Benzin im Tank haben, um es durch Österreich ohne Zwischenstopp nach Deutschland zu schaffen; also lediglich Transit erlaubt.

Das sind Zustände, die ich in Europa nicht mehr haben will. Ich will in Europa offene Grenzen, und ich will einen offenen Verkehr – also nicht mehr Grenzsicherung, sondern endlich wieder dorthin kommen, wohin wir kommen wollen: Freier Verkehr für freie Menschen innerhalb der EU!

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Zum Abschluss wird für die Staatsregierung Herr Staatsminister Eisenreich sprechen.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die fluchtbedingte Migration stellt uns vor große, vor vielfältige Herausforderungen. Das gilt nicht nur für Bayern, sondern das gilt auch für Deutschland und für ganz Europa. Unser Maßstab dafür ist die Balance zwischen Humanität auf der einen Seite und Ordnung auf der anderen Seite.

Der Antrag der AfD erweckt leider wie so oft einen falschen Eindruck. Er erweckt nämlich den Eindruck, dass es der Europäischen Union und Deutschland gleichgültig wäre, wie es den Staaten im Westbalkan geht und vor welchen Herausforderungen sie stehen. Das Gegenteil ist der Fall. Uns bewegt dieses Thema, und selbstverständlich unterstützen wir die Westbalkanstaaten auf vielfältige Art und Weise.

Dazu möchte ich auch einige Beispiele nennen. Bosnien-Herzegowina erhält seit 2018 alleine 36 Millionen Euro für den Migrationsbereich. Davon sind 5,8 Millionen Euro für humanitäre Hilfe, und zwar unter anderem für die Bereitstellung von Nahrung und medizinischer Versorgung. 36 Millionen Euro sprechen nicht für Gleichgültigkeit, sondern für Unterstützung.

Die EU unterstützt auch durch Hilfe vor Ort. Dazu gehören Maßnahmen zur Verbesserung des Grenzmanagements und die Zusammenarbeit zwischen Frontex und nationalen Grenzbehörden. Mit fünf Ländern in der Region – nämlich mit Albanien, Serbien, Montenegro, Nordmazedonien und Bosnien-Herzegowina – wurden bereits Verhandlungen über diese Zusammenarbeit abgeschlossen. Mit Albanien ist die Vereinbarung bereits in der Umsetzung.

Die EU steht auch auf höchster Ebene, nämlich auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, im Dialog mit den Staaten des Westbalkans. Das ist auch noch gar nicht lange her. Im Mai 2020 haben die Staats- und Regierungschefs der EU bei einem Gipfel mit ihren Amtskollegen aus der Region bekräftigt, dass sie bei der Bewältigung der Migrationsherausforderungen weiter zusammenarbeiten werden. Ausdrücklich hervorgehoben wurde die weitere Unterstützung durch die EU bei der Verbesserung der Aufnahmekapazitäten in der Region.

Ich kann nur unterstreichen, was Herr Kollege Gotthardt gesagt hat, der sich durch die Gespräche mit Vertretern der Region ein Bild gemacht hat, nämlich dass hier wirklich positive Signale kommen und dass man sich hier wertgeschätzt und vor allem unterstützt fühlt. Wir können also feststellen: Der Westbalkan wird nicht alleingelassen.

Deutschland und die EU helfen vielfältig, natürlich unter Wahrung und Achtung der internationalen Bestimmungen des Flüchtlingsrechts.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER, CSU und FDP.

(Zuruf)

– Ich kann nur das protokollieren, was ich sehe.

(Zuruf)

– Doch, doch. Dem muss ich widersprechen. Es war von mir deutlich zu sehen, dass sich hier die Fraktionsvorsitzende mit Handzeichen gemeldet hat.

(Zuruf)

– Ich kann nur das wiedergeben, was ich wahrnehme.

Stimmenthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.